

Sicherheit 2012

**Aussen-, Sicherheits- und
Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend**

Tibor Szvircsev Tresch, Andreas Wenger, Silvia Würmli,
Julie Craviolini, Esther Vogler-Bisig

Hrsg.: Tibor Szvircsev Tresch und Andreas Wenger

Center for Security Studies, ETH Zürich
und Militärakademie an der ETH Zürich



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Schweizer Armee



Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Swiss Federal Institute of Technology Zurich

Die Reihe «Sicherheit» sowie die anderen Publikationen des Center for Security Studies und der Militärakademie sind im Internet im Volltext verfügbar:
www.css.ethz.ch / www.milak.ch.

Die der Studie zugrunde liegenden Datensätze sind archiviert bei der Swiss Foundation of Research in Social Science (FORS): www2.unil.ch/fors

Hrsg.: Tibor Szvircsev Tresch und Andreas Wenger
Center for Security Studies, ETH Zürich
und Militärakademie an der ETH Zürich

© 2012 ETH Zürich
Center for Security Studies
Haldeneggsteig 4, IFW
8092 Zürich
E-Mail: css@sipo.gess.ethz.ch

Militärakademie an der ETH Zürich
Kaserne, 8903 Birmensdorf
E-Mail: tibor.szvircsev@vtg.admin.ch

Umschlaggestaltung: Susana Perrottet Rios
Layout und Satz: Miriam Dahinden
Grafiken: Frank Haydon

Schriftarten: «Adobe Garamond pro» und «Neue Helvetica»

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck und fotomechanische oder elektronische Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der beiden Institutionen.

Die in der Reihe «Sicherheit» wiedergegebenen Auffassungen stellen ausschliesslich die Ansichten der betreffenden Autoren dar.

ISBN 978-3-905696-37-0
ISSN 1424-5698

Sicherheit 2012

**Aussen-, Sicherheits- und
Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend**

Tibor Szvircsev Tresch, Andreas Wenger, Silvia Würmli,
Julie Craviolini, Esther Vogler-Bisig

Hrsg.: Tibor Szvircsev Tresch und Andreas Wenger

Center for Security Studies, ETH Zürich
und Militärakademie an der ETH Zürich

5 Vertrauen in ausgewählte Institutionen und in die Politik im Allgemeinen

Ein hohes Vertrauen in die Institutionen eines Staates deutet auf eine gut funktionierende Gesellschaft hin. Wird den staatlichen Institutionen aber nicht vertraut, kann die gesellschaftliche Stabilität gefährdet sein. Die Studie «Sicherheit» misst demzufolge regelmässig, inwiefern die Schweizer Bevölkerung Vertrauen in Institutionen hat, um indirekt Rückschlüsse auf die Stabilität der Gesellschaft zu ziehen. In diesem Kapitel wird zuerst auf das allgemeine Vertrauen der Schweizer Stimmbevölkerung in die staatlichen Institutionen eingegangen. Anschliessend wird das Verhältnis zwischen Vertrauen und Sicherheit analysiert.

5.1 Institutionen-Vertrauensindex

Seit 1995 wird das Vertrauen in ausgewählte Institutionen erhoben. Es handelt sich bei diesen um wichtige Behörden (Bundesrat, eidgenössisches Parlament, Gerichte, Polizei und Armee), um die Schweizer Wirtschaft, die Medien sowie um die politischen Parteien. Die Befragten bekunden ihr Vertrauen auf einer Skala von 1 «überhaupt kein Vertrauen» bis 10 «volles Vertrauen». Das Institutionenvertrauen drückt einerseits die gesellschaftliche Legitimation und Akzeptanz aus, andererseits die Zufriedenheit mit den Leistungen dieser Institutionen. Kurzfristige Vertrauensschwankungen werden in der Regel mit der Zufriedenheit der Leistungen in Zusammenhang gebracht, längerfristige Veränderungen mit der Legitimation. Über die Bewertungen und Trends gibt Tabelle 5.1 summarisch Auskunft.

Den erfassten Institutionen wird regelmässig mittleres bis hohes Vertrauen entgegengebracht. Fasst man das Vertrauen in die Schweizer Institutionen zu einem Gesamtvertrauensindex zusammen, fällt auf, dass die SchweizerInnen diesen 1997 und 1998 besonders wenig Vertrauen aussprachen, während 2001, 2007 und 2008 starkes Vertrauen vorhanden war. 2012 liegt das allgemeine Vertrauen ebenfalls signifikant über dem langjährigen Mittel (\bar{X} : 6.2, 2012: 6.5; siehe Tabelle 5.1).¹

Diese aktuell hohe allgemeine Konfidenz widerspiegelt sich auch im Vertrauen in die einzelnen Institutionen. Im Vergleich zum Vorjahr haben ausser der Wirtschaft alle erfragten Institutionen signifikant an Vertrauen gewonnen. Besonders hohe Vertrauensanstiege konnten der Bundesrat (+0.9), das Parlament (+0.5) und

1 Reliabilität des Vertrauensindex 2012: Cronbachs α = 0.8.

die Polizei (+0.5) verbuchen. Geringer fiel der Vertrauensgewinn bei den Gerichten (+0.4), der Schweizer Armee (+0.3), den politischen Parteien und den Medien (je +0.2) aus. Die SchweizerInnen scheinen somit im langjährigen Vergleich ausgesprochen zufrieden zu sein mit der Leistung und Funktionsweise ihrer Institutionen. Die Gründe für den besonders deutlichen Vertrauensanstieg in die nationale Regierung wurden nicht erhoben. Es ist aber zu vermuten, dass dieser unter anderem mit der Wahrnehmung einer positiven Entwicklung der Schweiz zusammenhängt (vgl. Abschnitt 5.2).

Aufgrund der unterschiedlichen Vertrauensgewinne hat sich das Vertrauens-Rating im mittleren Bereich im Vergleich zum Vorjahr leicht verändert. 2012 führt die Polizei die Vertrauensrangliste an (7.6). Ihr folgen mit dem zweithöchsten Vertrauen die Gerichte (7.0). Der Bundesrat hat im Vergleich zum Vorjahr einen Rang dazu gewonnen (6.8). Die Wirtschaft, welche letztes Jahr den dritten Rang im Rating erzielte, liegt dieses Jahr auf dem vierten Platz (6.6). Der Armee (6.3) und dem Parlament (6.2) wird im Januar 2012 gleichermassen vertraut. Am kritischsten ist man gegenüber den Parteien (5.1) und den Medien (5.1) eingestellt. Diese Rangierung entspricht trotz der Veränderungen im mittleren Bereich der langjährigen Beobachtung, wonach an der Spitze jeweils das Rechtswesen (Polizei und Justiz) liegt, das Mittelfeld durch Bundesrat, Parlament, Armee und die Schweizer Wirtschaft belegt wird und die politischen Parteien und die Medien sich die letzten Ränge teilen.

Tabelle 5.1 gibt auch Aufschluss darüber, bei welchen Institutionen das Vertrauen aktuell über oder unter ihrem eigenen langjährigen Schnitt liegt. 2012 liegt das Vertrauen in die Armee und in die politischen Parteien im langjährigen Schnitt, bei allen anderen ist es aktuell deutlich über dem Mittel. Letztlich stellt sich die Frage, ob gewisse Institutionen über mehrere Jahre hinweg eher an Vertrauen gewonnen oder eingebüsst haben, was auf einen Legitimationswandel hindeuten würde. Polizei und Gerichte scheinen im langjährigen Vergleich seit 1995 eher an Vertrauen und somit an Legitimation gewonnen zu haben. Das Vertrauen in die nationale Regierung (Bundesrat und Parlament) stieg in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre, nahm aber zwischen 2001 und 2006 deutlich ab. Die Armee scheint zwischen der ersten Erhebung im Jahr 1997 bis 2006 tendenziell an Akzeptanz gewonnen zu haben, während sie zwischen 2006 und 2009 eher Einbussen hinnehmen musste. Beim Vertrauen in die Wirtschaft fallen vor allem die starken Schwankungen auf, was unter Umständen daran liegen könnte, dass deren Leistungen und die Wirtschaftszyklen gut wahrnehmbar sind.

Tabelle 5.1

*Index des Vertrauens in öffentliche Institutionen 1995 bis 2012**Mittelwerte auf einer Skala von 1 bis 10 (1 = «kein Vertrauen», 10 = «volles Vertrauen» nach Vertrauensmass sortiert)*

| | '95 | '97 | '98 | '99 | '00 | '01 | '02 | '03 | '04 | '05 | '06 | '07 | '08 | 09' | 10' | 11' | 12' | SD** | Δ 11/12 | Δ VI# | \emptyset 95–12 |
|---------------------------------|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|------------|-------------|-------------------|-----------------|----------------------|
| Polizei | 6.9 | 6.5 | 6.5 | 6.7 | 6.8 | 7.0 | 7.1 | 7.1 | 7.2 | 7.1 | 7.2 | 7.3 | 7.2 | 6.9 | 7.2 | 7.1 | 7.6 | 1.71 | + 0.5* | 1.1 | 7.0 |
| Gerichte allgemein | – | – | 6.3 | – | 6.4 | 6.7 | 6.6 | 6.7 | 6.9 | 6.7 | 6.8 | 7.0 | 7.0 | 6.7 | 6.9 | 6.6 | 7.0 | 1.86 | + 0.4* | 0.5 | 6.8 |
| Bundesrat | 6.0 | 5.5 | 5.8 | 6.5 | 6.3 | 6.9 | 6.5 | 6.4 | 6.4 | 6.3 | 6.0 | 6.3 | 6.5 | 6.5 | 5.9 | 5.9 | 6.8 | 1.89 | + 0.9* | 0.3 | 6.3 |
| Schweizer Wirtschaft | – | 5.6 | 5.7 | 6.3 | 6.1 | 6.8 | 6.1 | 5.7 | 6.0 | 6.0 | 6.1 | 6.7 | 6.7 | 6.2 | 6.4 | 6.6 | 6.6 | 1.73 | – | 0.1 | 6.2 |
| Armee | 6.2 | 6.1 | 6.2 | 6.1 | 6.3 | 6.4 | 6.4 | 6.6 | 6.3 | 6.3 | 6.8 | 6.6 | 6.5 | 5.9 | 6.1 | 6.0 | 6.3 | 2.27 | + 0.3* | -0.2 | 6.3 |
| Eidg. Parlament | 5.4 | 5.2 | 5.4 | 5.9 | 5.8 | 6.3 | 6.2 | 6.1 | 6.1 | 6.0 | 5.8 | 6.1 | 6.3 | 6.2 | 5.9 | 5.7 | 6.2 | 1.81 | + 0.5* | -0.3 | 5.9 |
| Politische Parteien | 4.8 | – | – | – | – | – | – | – | – | – | – | 5.1 | 5.2 | 4.9 | 5.1 | 4.9 | 5.1 | 1.81 | + 0.2* | -1.4 | 5.0 |
| Medien | – | 4.8 | 4.8 | 4.8 | 4.7 | 5.0 | 4.9 | 5.0 | 4.9 | 4.9 | 4.5 | 5.0 | 4.9 | 4.6 | 4.9 | 4.9 | 5.1 | 1.86 | + 0.2* | -1.4 | 4.9 |
| Vertrauens- index# | 6.1 | 5.6 | 5.8 | 6.0 | 6.0 | 6.4 | 6.2 | 6.2 | 6.3 | 6.2 | 6.2 | 6.5 | 6.4 | 6.2 | 6.2 | 6.1 | 6.5 | 1.30 | + 0.4* | | 6.2 |

* signifikanter Unterschied, t-Test, 0,5% Irrtumswahrscheinlichkeit, ** Standardabweichung, Δ Delta, Differenz, \emptyset Durchschnitt
 # Vertrauensindex (VI) (Mittelwert Vertrauen in alle Institutionen, ohne Vertrauen in politische Parteien)

Es ist anzunehmen, dass das Vertrauen aufgrund persönlicher Erfahrungen und der Sozialisierung variiert. Legitimiert man eine Institution aufgrund der eigenen Sozialisation stark, dann dürfte auch das Vertrauen höher ausfallen. Kommt man mit einer Institution häufig in Kontakt und macht positive Erfahrungen, dann dürfte sich dies ebenfalls im Vertrauen in diese Institution niederschlagen. Diese Erfahrungen und die den einzelnen Institutionen zugesprochene Legitimität können je nach Geschlecht, Landesregion, Alter, politischer Einstellung und Bildungsgrad variieren. Dieses Jahr wurde zusätzlich untersucht, ob das Vertrauen auch mit dem Einkommen, der Traditionsgebundenheit und dem Migrationshintergrund variiert.

Das Variationsmuster im Vertrauen in die Institutionen nach Geschlecht, Landesregion, Alter, politischer Einstellung und Bildungsgrad fällt dieses Jahr ausgeprägter aus als im langjährigen Mittel (siehe Tabelle 5.2). Am stärksten unterscheiden sich die SchweizerInnen bezüglich des Vertrauens in die Armee (siehe auch Standardabweichung, Tabelle 5.1).

Tabelle 5.2

Korrelationen zwischen Vertrauen in öffentliche Institutionen und individuellen Merkmalen 2012 und zusammengefasst für 1997 bis 2011 (politische Parteien ab 2007)

| 2012 | | | | | | | | |
|---------------------------|-----------|-----------|---------------------|----------|---------|-------|--------|---------------|
| | Bundesrat | Parlament | Politische Parteien | Gerichte | Polizei | Armee | Medien | CH-Wirtschaft |
| Weiblich | | + | + | | | | | - |
| Deutschschweiz | | | + | | ++ | | | |
| Je älter | | - | - | - | | + | | |
| Je höher gebildet | + | + | | + | | - | | |
| Je politisch rechter | - | | | - | | ++ | | + |
| Je höheres Einkommen | | | | ++ | | | | + |
| Je fortschrittlicher | + | | | + | | | | |
| Mit Migrationshintergrund | + | +++ | ++ | + | | | ++ | + |
| 1997–2011 | | | | | | | | |
| | Bundesrat | Parlament | Politische Parteien | Gerichte | Polizei | Armee | Medien | CH-Wirtschaft |
| Weiblich | | | | | | | | - |
| Deutschschweiz | | | | | | | | |
| Je älter | | | | - | + | ++ | | |
| Je höher gebildet | + | | | + | | - | | |
| Je politisch rechter | | | | | + | +++ | | ++ |

+ und - schwache, positive oder negative Korrelation: $\gamma = 0.1-0.2$
 ++ und -- mässig schwache, positive oder negative Korrelation: $\gamma = 0.2-0.3$
 +++ und --- mittlere, positive oder negative Korrelation: $\gamma = 0.3-0.4$

Frauen vertrauen dieses Jahr im Vergleich zu den Männern dem Parlament und den politischen Parteien leicht mehr, misstrauen aber der Schweizer Wirtschaft stärker, wie dies schon in den Jahren 1997 bis 2011 der Fall war. Während im Allgemeinen das Vertrauen kaum mit der regionalen Zugehörigkeit variiert, bringen 2012 die DeutschschweizerInnen der Polizei ein grösseres Vertrauen entgegen. Dies erklärt unter Umständen auch die in diesem Jahr konstatierte unterschiedliche Sicherheitswahrnehmung in den Sprachregionen (vgl. Abschnitt 4.1). Mit dem Alter nimmt aktuell das Vertrauen in die politischen Parteien ab. Dies könnte unter Umständen daran liegen, dass ältere Befragte politische Prozesse kritischer verfolgen. Wie in den Vorjahren steigt im Alter auch das Misstrauen gegenüber den Gerichten. Hingegen bringen ältere Befragte der Armee mehr Vertrauen entgegen. Diese Differenz zwischen den Generationen bezüglich Armeevertrauen hat sich jedoch im Zeitverlauf deutlich abgeschwächt. Jugendliche, die im langjährigen Mittel der Armee

gegenüber besonders kritisch eingestellt waren, hegen seit 2009 kein besonderes Misstrauen mehr. Je höher die Befragten gebildet sind, umso eher vertrauen sie den politischen Instanzen wie dem Bundesrat, dem Parlament und den Gerichten. Demgegenüber misstrauen sie aber eher der Armee. Gerade umgekehrt zeigen sich die Vertrauenswerte bei Personen, die sich politisch rechts einstufen. Diese bringen insbesondere der Armee – aber auch der Schweizer Wirtschaft – mehr Vertrauen entgegen. Konträr dazu ist ihr Vertrauen in den Bundesrat und in die Gerichte unterdurchschnittlich tief. Das Vertrauen in die Regierung nimmt dabei mit der Traditionsgebundenheit ab. So nehmen unter den politisch rechts Eingestellten die Traditionsgebundenen dem Bundesrat gegenüber eine deutlich kritischere Haltung ein als die Fortschrittlichen. Ökonomisch gut Situierte zeichnen sich durch ein höheres Vertrauen in die Gerichte und die Schweizer Wirtschaft aus. SchweizerInnen mit Migrationshintergrund scheinen mit den politischen Instanzen der Schweiz gute Erfahrungen gemacht zu haben oder akzeptieren diese in besonderem Masse. Sie bringen dem Parlament, dem Bundesrat, den Gerichten, den politischen Parteien, aber auch den Medien und der Schweizer Wirtschaft ein überdurchschnittlich hohes Vertrauen entgegen.

5.2 Verhältnis zwischen Vertrauen und Sicherheit

Vertrauen ist in hoch arbeitsteilig organisierten Gesellschaften eine wichtige, sicherheitsstiftende Verhaltensweise. In dem Masse, in dem Abläufe und das Funktionieren lebenswichtiger komplexer Systeme von den einzelnen Gesellschaftsmitgliedern immer weniger oder nicht (mehr) durchschaut werden können, hilft Vertrauen, Komplexität zu reduzieren (vgl. Luhmann 1968). Vertrauen manifestiert sich im Gefühl, dass «Personen oder Instanzen die Dinge schon richtig machen». Ebenso kann angenommen werden, dass wer sich sicher fühlt und eine optimistische Zukunftserwartung aufweist, aufgrund dieser positiven Erfahrungen Institutionen eher vertraut. Wie eng sind nun das Vertrauen in Institutionen und Gefühle der Sicherheit bzw. der Zuversicht miteinander verknüpft?

In Tabelle 5.3 sind die Koeffizienten von signifikanten Zusammenhängen zwischen der allgemeinen Sicherheit bzw. dem Zukunftsoptimismus in die Schweiz und dem Vertrauen in die abgefragten Institutionen dargestellt. Ein positiver Wert bedeutet, dass sich die Befragten umso sicherer fühlen bzw. optimistischer sind, je stärker sie einer Institution vertrauen. Die Korrelationsmasse zeigen im Jahr 2012 bei allen Institutionen positive Zusammenhänge. Besonders Leute, welche dem Bundesrat, dem Parlament, den Gerichten und der Polizei vertrauen, fühlen sich eher sicher. Zwischen dem allgemeinen Sicherheitsgefühl und dem Vertrauen in

staatlich-politische Institutionen scheint demzufolge eine starke positive Wechselwirkung zu bestehen. Dieses Grundvertrauen in staatliche Institutionen steht ebenfalls in positivem Zusammenhang mit der Zukunftsoptimismus der Schweiz. Neben den genannten Institutionen geben aber vor allem das Vertrauen in die Wirtschaft und in geringerem Masse auch in die politischen Parteien den Ausschlag, die Entwicklung der Schweiz optimistischer einzuschätzen.

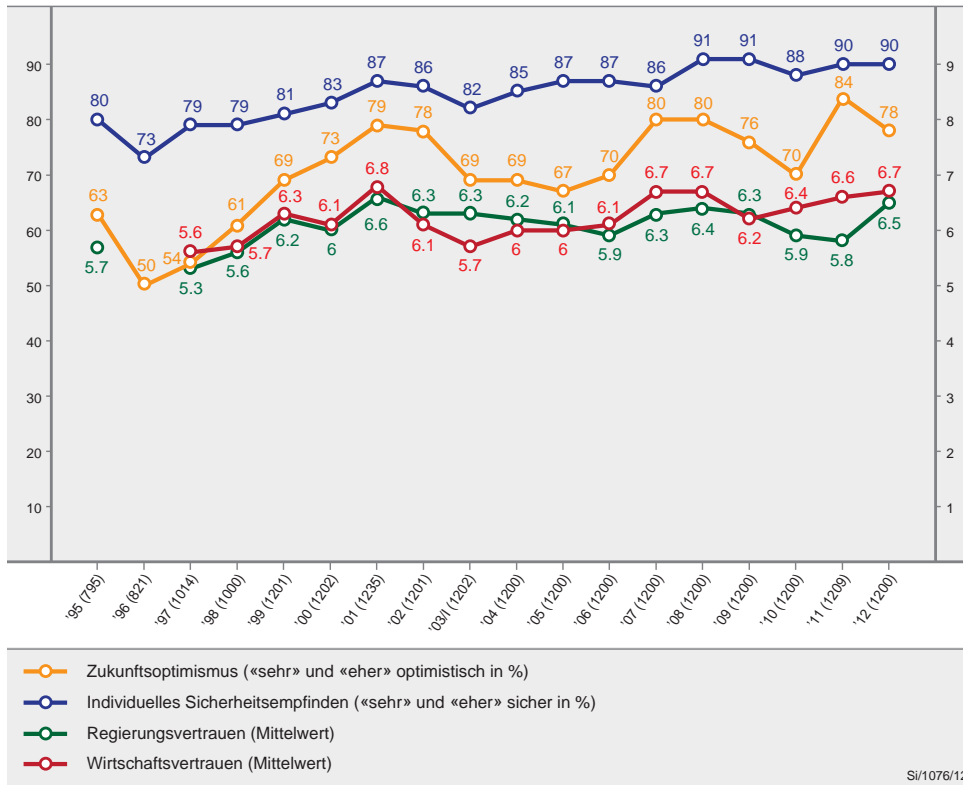
Tabelle 5.3

Signifikante Korrelationen zwischen Vertrauen in öffentliche Institutionen und Sicherheitsgefühl bzw. Optimismus, 2011 und 2012

| | Allgemeines Sicherheitsgefühl ρ | | Zukunftsoptimismus bezüglich Schweiz ρ | |
|---------------------------|--|------|---|------|
| | 2011 | 2012 | 2011 | 2012 |
| Polizei | 0.19 | 0.17 | 0.16 | 0.11 |
| Gerichte allgemein | 0.24 | 0.25 | 0.21 | 0.19 |
| Bundesrat | 0.20 | 0.22 | 0.25 | 0.21 |
| Schweizer Wirtschaft | 0.14 | 0.14 | 0.29 | 0.22 |
| Armee | | 0.06 | 0.14 | 0.14 |
| Eidgenössisches Parlament | 0.20 | 0.19 | 0.25 | 0.23 |
| Medien | 0.13 | 0.06 | 0.16 | 0.09 |
| Politische Parteien | 0.12 | 0.12 | 0.24 | 0.22 |

Wechselwirkungen auf der individuellen Ebene können nicht per se auf die aggregierte Ebene übertragen werden. Es stellt sich aber die Frage, ob in Jahren, in denen sich die Bevölkerung besonders sicher und optimistisch fühlt, auch das Vertrauen in die staatlich-politischen Instanzen und in die Wirtschaft hoch ist. Dieser Zusammenhang wurde für das Vertrauen in die Regierung (Parlament und Bundesrat zusammengefasst) und in die Wirtschaft untersucht (siehe Abbildung 5.1). Die Kurvenverläufe scheinen diese Annahme zu bestätigen. So gaben sich die SchweizerInnen in jenen Jahren, in denen sie der Wirtschaft und der Regierung besonders vertrauten, deutlich optimistischer und sicherer als sonst.

Abbildung 5.1
Regierungsvertrauen, Wirtschaftsvertrauen und Sicherheit



Korreliert man die Jahresmittelwerte des Sicherheitsempfindens und des Zukunftsoptimismus mit den Jahresmittelwerten für das Vertrauen in die Regierung (Bundesrat und Parlament) und in die Wirtschaft, so kann diese Wechselwirkung auch statistisch bestätigt werden.² Das allgemeine Sicherheitsempfinden, der Zukunftsoptimismus und das Vertrauen in die Wirtschaft und in die Regierung verlaufen tendenziell parallel.

2 Jahresmittelwerte Sicherheitsempfinden und Vertrauen in die Regierung: $r=0.641$, $p=0.006$, $N=17$.
 Jahresmittelwerte Sicherheitsempfinden und Vertrauen in die Wirtschaft: $r=0.687$, $p=0.013$, $N=16$.
 Jahresmittelwerte Zukunftsoptimismus und Vertrauen in die Regierung: $r=0.697$, $p=0.002$, $N=17$.
 Jahresmittelwerte Zukunftsoptimismus und Vertrauen in die Wirtschaft: $r=0.785$, $p=0.000$, $N=16$.

Fazit: Das ausgesprochen hohe Sicherheitsempfinden und der Optimismus bezüglich der nationalen Entwicklung zeigt sich auch im Vertrauen in die Institutionen der Schweiz. Ausser der Wirtschaft – welche 2011 einen besonders hohen Vertrauensgewinn verbuchen konnte – sprach die Bevölkerung allen anderen Institutionen innerhalb eines Jahres deutlich mehr Vertrauen aus.

6 Innere Sicherheit

Die rasante Verbreitung moderner Technologien und das Aufkeimen neuer politisch motivierter nichtstaatlicher Akteure haben die aktuelle Bedrohungs- und Gefährdungslage sowohl innerstaatlich wie auch auf internationaler Ebene in den letzten Jahren radikal verändert. Infolge dieses Umbruchs verwischen die einstmals deutlichen Grenzen zwischen Innerer und Äusserer Sicherheit zusehends. Dennoch spiegelt sich die Unterscheidung dieser beiden Begriffe sowohl kognitiv in der Wahrnehmung der Bevölkerung als auch strukturell in der sicherheitspolitischen Ausrichtung der Schweiz wider. Es ist deshalb sinnvoll, auch in dieser Studie diese begriffliche Unterscheidung zu verwenden und die Thematik der Inneren Sicherheit in einem eigenen Kapitel abzuhandeln. Der erste Abschnitt erfasst die Einstellungen der Schweizer Stimmbevölkerung gegenüber verschiedenen Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit im Allgemeinen. Der zweite Teil dieses Kapitels beschäftigt sich spezifisch mit Massnahmen zur Bekämpfung des Extremismus bzw. des Terrorismus.

6.1 Massnahmen zur Wahrung der Inneren Sicherheit

Die Schweiz als Rechtsstaat muss über eine Palette differenzierter Massnahmen verfügen, um die Durchsetzung der Gesetze, die Souveränität staatlichen Handelns sowie die Unversehrtheit ihrer Bevölkerung gewährleisten zu können. Auch wenn es die Aufgabe des Staates ist, Art und Umfang der Schutzmassnahmen festzulegen, so ist die Akzeptanz dieser Massnahmen seitens der Bevölkerung für die Legitimation und schliesslich für eine erfolgreiche Implementierung und Durchsetzung elementar. Im Folgenden soll deshalb geprüft werden, wie die Schweizer Stimmbevölkerung zu möglichen Vorkehrungen zur Wahrung der Inneren Sicherheit steht. In der Zustimmung bzw. Ablehnung lassen sich grundsätzlich drei Gruppen von Massnahmen ausmachen: solche, die mehrheitlich begrüsst werden, ambivalente Massnahmen mit einer mittleren Zustimmungsquote und nicht akzeptierte Massnahmen, das heisst solche, die keine Mehrheit in der Stimmbevölkerung finden.

Massnahmen, die einem klar erkennbaren Zweck dienen, finden im Allgemeinen eine breite Zustimmung in der Schweizer Stimmbevölkerung. So erreicht die erstmalig erhobene Einstellung der Stimmbevölkerung zur Bekämpfung und Bestrafung des Hooliganismus mit 89% eine sehr hohe Zustimmungsrate, wobei sich 56% mit der Vorlage «sehr» einverstanden erklären (siehe Abbildung 6.1).